

Herzlich willkommen

Mitgliederversammlung des Vereins
Runder Tisch Rentengerechtigkeit e. V.

24. Oktober 2024 in Leipzig



Tagesordnung

- 1. Eröffnung und Begrüßung**
- 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 3. Geschäftsbericht des Vorstandes**
- 4. Finanzbericht**
- 5. Entlastung des Vorstandes**
- Pause**
- 6. Satzungsänderung**
- 7. Wahl von zwei Kassenprüfern**
- 8. Verabschiedung einer Resolution**
- 9. Schlusswort**

TOP 3 Geschäftsbericht RTR e.V.

Wir brauchen einen **Gerechtigkeitsfonds,**

für die Berufs- Personengruppen sowie für alle Betroffenen der DDR, die durch das Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) ausgeschlossen wurden, da der Härtefallfonds (HFF) der Bundesregierung das Problem nicht gelöst hat.

TOP 3 Geschäftsbericht RTR e.V.

30.06.2023 Gründung des Vereins RTR

Die Gründungsmitglieder sind Rentnerinnen und Rentner aus den folgenden Berufs- und Personengruppen:

- Gruppe Naturwissenschaftler „Technische Intelligenz“
- Gruppe Deutsche Reichsbahn
- Gruppe Bergleute der Braunkohleveredlung
- Gruppe Leistungssportler
- Gruppe Freischaffende Bildende Künstler
- Gruppe Balletttänzerinnen/Balletttänzer
- Gruppe Gesundheit- und Sozialwesen
- Gruppe Deutsche Post
- Gruppe der in der DDR geschiedenen Frauen
- Darüber hinaus vertritt der Verein auch die Interessen von **Rentnerinnen und Rentnern aus anderen Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der DDR**, deren Rentenansprüche ebenfalls nicht vollständig in das bundesdeutsche Rentenrecht übernommen wurden.

TOP 3 Geschäftsbericht RTR e.V.

Wofür stehen wir – Unsere Ziele

Bei der Überleitung des Systems von Rente und Versorgung der DDR in das der BRD wurden bei vielen Rentnerinnen und Rentnern die in der DDR erworbenen Renten- und Versorgungsansprüche nicht in vollem Umfang in das bundesdeutsche Recht überführt oder werden bis heute nicht gewährt. Für die damit verbundenen Kürzungen ihrer Rente fordern wir eine **POLITISCHE LÖSUNG durch einen GERECHTIGKEITSFONDS**, aus dem die Betroffenen eine angemessene **ENTSCHÄDIGUNG** erhalten. Nur so kann **GERECHTIGKEIT** für das seit über 30 Jahren bestehende Rentenunrecht geschaffen werden und **die LEBENSLEISTUNG der ca. 500.000 Betroffenen die ihnen zustehende ANERKENNUNG** finden.

TOP 3 Geschäftsbericht RTR e.V.

- ➔ **Initiierung von direkten Fachgesprächen mit den zuständigen Bundespolitikern**
- ➔ **Bundeskanzler, Bundessozialminister, Bundesfinanzminister, Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland**
- ➔ **Bundestagsfraktionsvorsitzende der Koalitionsparteien, der CDU/CSU und der LINKEN**
- ➔ **Rentenpolitische bzw. sozialpolitische Sprecher der im Bundestag vertretenen Parteien**
- ➔ **Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales sowie Haushalt**
- ➔ **Aktivierung direkter Gespräche mit den Landesregierungen der NBL, auf der Ebene der Ministerpräsident*innen und Sozialminister*innen**
- ➔ **Aufnahme/Fortsetzung direkter Gespräche mit dem DGB und den Gewerkschaften Ver.di, EVG und IG BCE**

Konferenzen/Demos im Rahmen der Landtagswahlen 2024 in Brandenburg, Thüringen und Sachsen sowie zur der Bundestagswahl 2025 in Berlin

TOP 3 Geschäftsbericht RTR e.V.

Das „Rentenüberleitungsabschlussgesetz“ vom 16. Februar 2017

Mit dem „Rentenüberleitungsabschlussgesetz“ wurde lediglich ein Fahrplan für die Angleichung der „Rentenpunktwerte“ bis 2024 festgeschrieben, Gleichzeitig wurde entschieden, dass mit der „Angleichung“ die Höherwertung der Löhne wegfällt.

Das, was eigentlich mit einem von der SPD erstmals schon 2007 im Bundestag geforderten „Rentenüberleitungsabschlussgesetz“ außerdem beschlossen werden sollte, **die Beseitigung noch immer bestehender Rentenungerechtigkeiten, wurde einfach missachtet; von der Beseitigung noch bestehender Rentenungerechtigkeiten war plötzlich überhaupt keine Rede mehr.**

Und dies, obwohl in der Präambel des Koalitionsvertrags steht:
Altersarmut verhindern - Lebensleistung würdigen.

Mit Würdigung der Lebensleistung der Beitrittsbürger hat das verabschiedete sogenannte Rentenüberleitungsabschlussgesetz absolut nichts zu tun.

TOP 3 Geschäftsbericht RTR e.V. Härtefallfonds der Bundesregierung (HFF)

- Warum löst der HFF die Rentengerechtigkeit nicht?
- Warum erkennt der HFF die Lebensleistung der Betroffenen nicht an?

- Der HFF schafft neues Unrecht!
- Ausschlusskriterien sind ein Affront!
- Drei Berufsgruppen werden nicht berücksichtigt!

Naturwissenschaftler, Leistungssportler und Freischaffende Bildende Künstler

- Sachstand in Bezug der Antragsstellung HFF:

Anträge im Eingang zum 21.06.24:	23.904	Bewilligt zum 21.06.24:	949
Ablehnungen zum 21.06.24:	4.798	Gezahlt zum 21.06.24:	3.260.000 €

Nur ein Gerechtigkeitsfonds kann die Lebensleistung anerkennen!

TOP 3 Geschäftsbericht RTR e.V.

Härtefallfonds der Bundesregierung (HFF)

Diskussion über die Zugangskriterien des HFF haben wir geführt:

- vor 1952 geboren - muss wegfallen, keine Jahresbegrenzung
- Grundsicherung...830,00 € - Armutsgrenze festlegen...ca. 1.400,00 €
- Rentenbescheid vom 01.01.2021 - Rentenbescheid zum Rentenbeginn
- muss ein Kind geboren haben - muss wegfallen

Insbesondere grenzt der HFF die Härtefälle bei den geschiedenen Frauen aus...

- **Schaffung eines Gerechtigkeitsfonds** für alle Betroffene würde zur sozialen Befriedung beitragen; dazu muss in Berlin der politische Wille vorhanden sein.
Hat auch etwas mit der Wertschätzung des Vereinigungsprozesses zu tun!
- **Die Lebensleistung wird mit dem HFF in keiner Weise anerkannt.**
Das ist ein Affront gegenüber allen Betroffenen, der Berufs- und Personengruppen und deren Familien.

A photograph of four people standing outdoors in a park-like setting. From left to right: a man in a dark polo shirt and sunglasses, a woman in a patterned blouse, a woman in a white top and red sunglasses, and a man in a white shirt and grey vest. They are all smiling. The word 'Aktivitäten' is overlaid in large blue letters on a semi-transparent grey box at the top of the image.

Aktivitäten

- Rentenforum im November 2023 in Leipzig
- Rentenkonferenz in Kooperation mit dem DGB Sachsen im Juni 2024
- Gespräche mit BM Hubertus Heil
- Gespräch mit Staatssekretär Dr. Rolf Schmachtenberg im BMAS
- Schriftwechsel und Gespräch mit StM Carsten Scheider
- Schriftwechsel mit den Landesregierungen
- Wortmeldungen zu den Landtagswahlen
- Schriftwechsel mit dem Bundeskanzler

TOP 3 Geschäftsbericht RTR e.V.

Schriftwechsel mit dem Ostbeauftragten C. Schneider

Unser Schreiben vom 31. Januar 2024:

Gerechtigkeit für ostdeutsche Rentnerinnen und Rentner – die Beseitigung noch immer bestehender Gerechtigkeitslücken bei der Überleitung der DDR-Renten- und Versorgungssysteme in bundesdeutsches Recht ist mit dem Härtefallfonds nicht erfüllt.

Anlage: Grundsatzprogramm „Wofür stehen wir – Unsere Ziele“

Antwort vom 11. März 2024: Betr.: Grundsatzprogramm „Wofür stehen wir – Unsere Ziele“

„Festzustellen ist, dass Staatsminister Schneider Wort gehalten hat.“

Es geht nur um den Härtefallfonds. Die Bundesregierung sieht keine Grundlage für weitere Beratungen zu diesem Thema. Verweis auf das Gespräch am 1. Juli 2022.

Erinnert sei an die schnellere Ost-West-Angleichung der Rentenwerte im Juli 2023.

Damit konnten die Rentnerinnen und Rentner im Osten von einer höheren Rentensteigerung profitieren als die Westrentner. „Dies gilt als Meilenstein für den Sozialstaat.“

Die Versprechungen des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland, Carsten Schneider:

Auf der Homepage der Bundesregierung:

In der SUPER illu Nr. 14, 2022:



Bericht 2024

Ost und West. Frei, vereint und unvollkommen.

Zweierlei Erinnerung? Die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Ost- und Westdeutschland



TOP 3 Geschäftsbericht RTR e.V.

Schreiben an Bundeskanzler Olaf Scholz, 20. August 2024

Betreff: Rentenrecht der Bundesrepublik Deutschland – Werden ostdeutsche Berufs- und Personengruppen schlechter gestellt als Nazi-Täter?

Frage: Warum sind in der Bundesrepublik Deutschland Nazi-Täter mehr wert als deutsche Staatsbürger, die ihre Rentenansprüche in der DDR erworben haben?

Antwort vom 19. September: Betreff: „Gerechtigkeitsfonds“

„Soweit es um die Schaffung des Gerechtigkeitsfonds geht – wird auf das Schreiben vom 11. März 2024 verwiesen. Zur Einordnung Ihrer Kritik, wonach NS-Täter besser gestellt seien als die von Ihnen vertretenen Berufsgruppen, möchte ich auf folgendes verweisen: Daten Simon-Wiesenthal-Center - 76.000 Verdächtige, nur 99 Leistungsversagungen. Dafür gäbe es vielfältige Gründe.“

TOP 3 Geschäftsbericht RTR e.V.

Gespräche mit Bundesminister Hubertus Heil

Hubertus Heil auf einer Veranstaltung der
Friedrich-Ebert-Stiftung 2024:



Wir können 30 Jahre Fehler
in der Rentenpolitik nicht mit
einem Federstrich wegmachen.
Es tut mir leid, dass ich diese
schlechte Nachricht überbringen
muss, denn ich teile das An-
liegen. Aber Politik ist das,
was wir für Menschen bewegen
können, und nicht das, was
wir uns wünschen.

Die Fehler werden eingestanden. Das Anliegen wird anerkannt. Gemacht wird aber nichts!
Die DDR-Rentner werden ohne Angabe von Gründen weiter diskriminiert.

TOP 3 Geschäftsbericht RTR e.V.

Unser gemeinsames Ziel:

Koalitionsvertrag 2025 „Gerechtigkeitsfonds“

Einmalzahlung von 10.000 Euro – 20.000 Euro

ohne Ausschlusskriterien

TOP 3 Geschäftsbericht RTR e.V.

Deshalb muss unser gemeinsamer Kampf weiter gehen:

- **Gerechtigkeit** beschreibt grundsätzlich ein Prinzip, nach dem jedem Menschen genau die gleichen Rechte zur Verfügung stehen sollen.
- **Wir fordern eine politische Regelung in Form eines Gerechtigkeitsfonds, der die Lebensleistung aller Betroffenen anerkennt.**
- Der Härtefallfonds der Bundesregierung löst das Problem nicht.
- **Der Härtefallfonds schafft neue Ungerechtigkeiten.**
- **Gerechtigkeit für ca. 500.00 Betroffene!**

DANKE FÜR DIE AUFMERKSAMKEIT

